



Nr. 27

30. August 2017

Inhalt

[Bundesfernstraßen-ÖPP: Die Zeche zahlen die Bürger](#) +++

[Silberbach: Kita-Personal verdient bessere Bezahlung](#) +++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[BBW: Am dualen Krankenversicherungssystem festhalten](#) +++

[DSTG: Milliarden schwere Steuerausfälle durch Tricks](#)

[bei Registrierkassen](#) +++

[VBE zu SPD-Bildungsplänen: 12 Milliarden kein Geschenk, sondern](#)

[Notwendigkeit](#) +++

[DPoIG begrüßt Verbot von „linksunten.indymedia.org“](#) +++

[Namen und Nachrichten](#)+++

aktuell

Informationsdienst des dbb

Bundesfernstraßen-ÖPP: Die Zeche zahlen die Bürger

Anlässlich der Klage der privaten Betreibergesellschaft eines fertig ausgebauten Abschnitts auf der Autobahn A1 zwischen Hamburg und Bremen gegen den Bund auf 640 Millionen Euro wegen ausgefallener Mauteinnahmen hat der dbb erneut vor der Privatisierung der Bundesfernstraßen im Rahmen von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) gewarnt.

„Der aktuelle Fall ist ein Paradebeispiel für das Dilemma, in das sich der Staat durch finanzielle Allianzen mit privaten Partnern regelmäßig manövriert“, machte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 25. August 2017 in Berlin deutlich „Gewinne werden privatisiert, Kosten und Verluste dagegen kollektiviert – die Zeche zahlen am Ende die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Steuern. Das kann und darf nicht Ziel staatlichen Handelns und verantwortungsvoller Daseinsvorsorge sein.“ Es sei nicht nachvollziehbar, dass die Beteiligung privater Betreiber insbesondere beim Autobahnbau und -betrieb immer massiver vorangetrieben werde, kritisierte der dbb Chef. Immerhin fielen die meisten dieser ÖPP regelmäßig bei den Prüfungen des Bundesrechnungshofs durch, weil sie durchschnittlich rund 40 Prozent teurer seien als der reine Betrieb in Staatshand.

Der dbb sieht seine Einschätzung bestätigt, „dass ÖPP Projekte aus politischen oder ideologischen Gründen schön gerechnet werden. Gleiches kann sich, so ist zu befürchten, beim Ausbau der A 7 in Niedersachsen wiederholen. Die Möglichkeit, für bestimmte Entwicklungsmaßnahmen versuchsweise ÖPP zu nutzen, kann nur in streng zu prüfenden Einzelfällen in Betracht kommen und insbesondere nur dann, wenn wirtschaftliche Risiken und Nebenwirkungen für die Allgemeinheit, nämlich die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, ausgeschlossen sind“, betonte der dbb Bundesvorsitzende. „Was gebraucht wird, sind konkrete, realitätsnahe Wirtschaftlichkeitsberechnungen und keine Prognosen, die auf dem ‚Prinzip Hoffnung‘ beruhen“, so Dauderstädt. Dazu müsse vor allem die Verwaltung personell und sachlich entsprechend aufgestellt sein.
(01/27/17)

Silberbach: Kita-Personal verdient bessere Bezahlung

„Attraktive Arbeitsbedingungen sind nicht nur für die Fachkräftegewinnung wichtig, sondern eine Frage der Gerechtigkeit angesichts der Spitzenleistungen der Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas“, sagte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 29. August 2017.

Laut den Ergebnissen einer Studie der Bertelsmann Stiftung müssen die Bundesländer für einen kindgerechten Personalschlüssel zusätzlich 107.200 vollzeitbeschäftigte Fachkräfte einstellen und weitere 4,9 Milliarden Euro jährlich bereitstellen. Ohne attraktivere Rahmenbedingungen für das Kita-Personal werde es allerdings schwer, dem steigenden Fachkräftebedarf nachzukommen. „Die Erkenntnis ist absolut richtig, aber leider nicht neu“, so Silberbach. „Mit diesen Umständen werden unsere Kolleginnen und Kollegen jeden Tag bei der Arbeit konfrontiert. Die Diskussion um eine bessere Bezahlung sollte daher nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Fachkräftegewinnung geführt werden, sondern auch mit Blick auf die

notwendige Wertschätzung für das vorhandene Personal.“ Die in der Bertelsmann-Studie erhobene Forderung nach einheitlichen Qualitätsstandards von Bund und Ländern findet die Unterstützung des dbb. Silberbach: „Für uns ist maßgebend, dass sich Eltern flächendeckend auf einen angemessenen Qualitätsstandard verlassen können und es darf dabei keinen wesentlichen Unterschied machen, in welchem Bundesland oder in welcher Kommune sie wohnen. Wir brauchen bundesweit einheitliche, wissenschaftlich fundierte Standards, die in einem Kita-Qualitätsgesetz verbindlich festgeschrieben sind.“
(02/27/17)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

BBW: Am dualen Krankenversicherungssystem festhalten

Der BBW – Beamtenbund Tarifunion (BBW) hat am 30. August 2017 an die Politik appelliert, am dualen Krankenversicherungssystem festzuhalten, um auch in Zukunft eine gute medizinische Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger vorhalten zu können. Eine Einheitsversicherung, wie sie von der SPD, den Grünen und Teilen der Linken favorisiert werde, könne diesem Anspruch nicht gerecht werden.

Eine erzwungene Überführung der Beamten in die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) wäre „ein Experiment, das nicht funktionieren wird“, sagte BBW-Chef Volker Stich. Zudem sei einer solcher Schritt verfassungsrechtlich höchst bedenklich. Denn eine solche Umstellung führe dazu, dass Beamte einen deutlich

höheren Betrag für ihre Krankenversicherung aufbringen müssten als bisher. Daher würden Beamte und Versorgungsempfänger letztlich die Überführung in die GKV mit einem Einkommensverlust bezahlen, was einem Eingriff in die Alimentation gleichkomme.
(03/27/17)

DSTG: Milliarden schwere Steuerausfälle durch Tricks bei Registrierkassen

In der ARD-Sendung „plusminus“ vom 24. August 2017 hat der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Thomas Eigenthaler, die in Deutschland nach wie vor bestehende Möglichkeit einer sogenannten „offenen Ladenkasse“ kritisiert: „Jeder kann hier nach Steinzeitmethoden eine Kasse führen. Das kann es im Zeitalter der Digitalisierung nicht sein.“ Aus Sicht der DSTG sei damit Tür und Tor für Steuerhinterziehung und milliarden schwere Steuerausfälle geöffnet.

Zwar habe der Gesetzgeber ein Gesetz zum Schutz vor Manipulationen von elektronischen Kassen und anderen Geräten erlassen, jedoch von einer Einführung einer allgemeinen Registrierkassenpflicht abgesehen. In Deutschland sei daher – im Gegensatz zu den allermeisten europäischen Staaten – nach wie vor eine sogenannte „offene Ladenkasse“ möglich. Aus Sicht der DSTG ändere daran auch das neue Institut der „Kassennachschau“ nur wenig, weil es für eine nachhaltige und regelmäßige Nachschau an ausreichend personellen Ressourcen in den Finanzämtern fehle. Eigenthaler, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist, habe diese Kritik auch im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages vorgebracht,

stieß jedoch wegen des massiven Widerstandes der Wirtschaft und ihrer Verbände am Ende des Tages auf taube Ohren. Auch die im Juli 2017 beschlossene „Verordnung zur Bestimmung der technischen Anforderungen an elektronische Aufzeichnungs- und Sicherungssysteme im Geschäftsverkehr“ (Kassensicherungsverordnung) löse aus Sicht der DSTG die Probleme nicht. Denn zahlreiche Branchen seien durch die Verordnung von der Anwendung des Gesetzes ausgenommen. Dazu gehörten beispielsweise Taxameter und Wegstreckenzähler, aber auch Geld- und Warenspielgeräte, die bei Prüfungen durch eine hohe Manipulationshäufigkeit auffallen.
(04/27/17)

VBE zu SPD-Bildungsplänen: 12 Milliarden kein Geschenk, sondern Notwendigkeit

„Jahrelang hat die Politik es versäumt, für jede ihrer Forderungen auch die Gelingensbedingungen bereitzustellen. Das fällt ihnen nun nach und nach, bei jeder Landtagswahl, auf die Füße. Die von Kanzlerkandidat Martin Schulz beworbenen 12 Milliarden Euro sind kein Geschenk an die Schulen. Sie sind dringend notwendig, um existierende Missstände zu beheben und sich einer angemessenen Ausstattung zu nähern“, sagte Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), am 28. August 2017 zu den SPD-Plänen für eine „Nationalen Bildungsallianz“.

Damit der Bund die Länder unterstützen darf, sollte zudem das Kooperationsverbot aufgehoben werden. Beckmann: „Das ist dringend notwendig, damit die Gleichheit der Bildungschancen, wie sie im Grundgesetz verankert ist, verwirklicht werden kann. Es darf nicht länger vom Wohnort abhängig sein, welche Bildungschancen ein Kind hat. Klar muss aber auch sein: Investitionen sind kein Tauschhandel. Der Bund darf nicht beliebig in die Kulturhoheit der Länder eingreifen. Deshalb unterstützen wir die Entscheidungen im Einstimmigkeitsprinzip. Wir erwarten zudem eine klare Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über die Zuständigkeiten.“ Beckmann machte aber auch deutlich: „Die Herausforderungen im Bildungssystem spitzen sich nicht erst seit dem Wahlkampf zu. Schon seit Einführung des Kooperationsverbotes kämpfen wir für dessen Aufhebung. Dem VBE stellt sich die Frage, weshalb die SPD dieses Thema in der Zeit der Großen Koalition nicht schon längst angepackt hat.“

Die vorgestellten Maßnahmen der SPD fokussierten insbesondere auf die Schulsanierung und -modernisierung, den Ausbau von Ganztagsangeboten und der „digitalen Bildung“ sowie der Erhöhung der Kapazitäten für die Lehrerbildung. Der VBE-Bundesvorsitzende mahnte: „Mit der individuellen Förderung der Kinder, mit Inklusion und Integration, gibt es weitere Baustellen, die der Eckpunkteplan nicht berührt. Schule soll immer alles regeln, alle mitnehmen, Vorreiter gesellschaftlicher Entwicklung sein – dann sollte Schule auch entsprechend ausgestattet werden. Wichtig ist zudem, dass bei Schulsanierung und -modernisierung nicht vergessen wird, Innovation zu fördern. Es darf nicht nur darum gehen, in Stand zu halten. Es geht darum, die Schule der Zukunft baulich zu gestalten. Hierfür müssen unter anderem die verschiedenen Förderungsmöglichkeiten und Töpfe zusammengeführt werden.“
(05/27/17)

DPOIG begrüßt Verbot von „linksunten.indymedia.org“

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG) hat das Verbot der Internetseite „linksunten.indymedia.org“ begrüßt. „Wenn ein Rechtsstaat ernst genommen werden will, muss er sich gegen jegliche Form von Extremismus gleichermaßen zur Wehr setzen“, sagte der DPOIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt am 25. August 2017. Deshalb sei das Verbot und die damit zusammenhängenden polizeilichen Durchsuchungsmaßnahmen „die richtige Antwort auf extremistische Hetze gegen unseren Staat und Aufrufe zur Gewalt gegen die Polizei“.

Die gefundenen Waffen bei den polizeilichen Durchsuchungsmaßnahmen zeigten deutlich, dass die Entscheidung richtig und fast überfällig war. „Für eingesetzte Einsatzkräfte der Polizei war es immer unerträglich, dass diese Extremisten offen gegen den Rechtsstaat hetzen, Gewalt gegen Einsatzkräfte und Rettungskräfte der Feuerwehr feiern und zu weiteren Gewalttaten offen aufrufen. Jetzt wird es darauf ankommen, auch Ersatzorganisationen scharf im Blick zu behalten und unverzüglich einzuschreiten, wenn sie sich bilden“, so Wendt.

Die Entwicklungen der Vergangenheit hätten gezeigt, dass sich die gesellschaftlichen Spannungen drastisch verschärften. „Das hat stets

auch erhöhte Gewaltbereitschaft an den extremistischen Rändern zur Folge, dem muss der Staat sich mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entgegenstellen“ sagte der DPOIG Chef weiter. Die nun durchgeführte Maßnahme zeige aber auch, dass „der Rechtsstaat den Kampf gegen extremistische Gewalt konsequent nach allen Seiten führen muss. Durch Äußerungen von Politikern war in der Vergangenheit immer wieder der Eindruck erweckt worden, man müsse dem Phänomen der linksextremistischen Gewalt nicht so viel Bedeutung schenken, das wäre fatal.“
(06/27/17)

Namen und Nachrichten

Am 24. August 2017 wurden die Verhandlungen zum Ergänzungstarifvertrag zwischen **dbb** und Vertretern der Charité und des KAV Berlin

fortgesetzt. Ziel des dbb ist es, dass auch bei der Anwendung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) die bestehenden

günstigeren Regelungen für die Charité-Beschäftigten erhalten bleiben. Bereits vereinbart wurde die langfristige Absicherung der Ansprüche der Beschäftigten im Tarifvertrag, die Anbindung an das Tarifgebiet West des TVöD, die Einführung der neuen Entgeltordnung VKA inklusive der P-Tabelle für die Pflege zum 1. Januar 2018, volle Schicht- und Wechselschichtzulage auch für Teilzeitkräfte, die Berücksichtigung von Praxisanleitungszeiten im Dienstplan sowie die Anerkennung befristeter Verträge bei Stufenaufstieg.

Die im April neu gewählte Landesleitung des **dbb sachsen-anhalt** ist am 18. August 2017 zu ihrem ersten offiziellen Gespräch mit dem Ministerpräsidenten Reiner Haseloff zusammengetroffen. Thematisiert wurden hauptsächlich die Personalentwicklung in der Landesverwaltung und an den Schulen sowie der aktuelle Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften, zu dem der dbb inzwischen ausführlich Stellung bezogen hat und der demnächst dem Landtag zur Beratung und Beschlussfassung zugeleitet wird.

Ein breites Spektrum an Themen des öffentlichen Dienstes haben Vertreter des dbb Bremen um den Vorsitzenden **Jürgen Köster** mit dem Bürgermeister der Hansestadt, Carsten Sieling, besprochen. Das teilte der dbb Landesbund am 24. August 2017 mit. Auf der

Agenda hatten demnach beispielsweise verschiedene Aspekte der Bezahlung (etwa der Gesetzentwurf zu besoldungsrechtlichen Regelungen hinsichtlich der Zulagenerhöhungen für Polizei, Justiz und Feuerwehr) sowie die Personalsituation beziehungsweise steigende Arbeitsbelastung im öffentlichen Dienst gestanden.

Am 28. August 2017 erklärte der Vorsitzende des dbb brandenburg, **Ralf Roggenbuck**, über die Vereinbarung zu Musterverfahren (Musterklagen) wegen der Widersprüche und Klagen zur Sonderzahlung 2008 (Aufstockungsbetrag) und die sich daraus ergebenden Folgen: „Im Moment fällt es wirklich schwer, den Überblick über anstehende, abgeschlossene und zukünftige Verfahren im Zusammenhang mit der Beamtenbesoldung im Land Brandenburg zu behalten. Es ist eine große Verunsicherung der Mitglieder zu spüren, die der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts geschuldet ist. Insofern gibt zumindest die Vereinbarung zu Musterverfahren zur Sonderzahlung 2008 Sicherheit für die Widerspruchsführer und Kläger. Der Hauptvorstand des dbb brandenburg wird am 4. Oktober 2017 darüber beraten, wie mit Widersprüchen für das Jahr 2017 umgegangen werden soll.“
(07/27/17)

Kommende Termine:

- 4. Seniorenpolitische Fachtagung 2017: „Gesund alt werden – von nix kommt nix“
25. September 2017, Berlin
- 12. dbb Medienkonferenz "Alternativlose Fakten – Gefährden Fake News und Bots die Programmqualität?"
4. Oktober 2017, Berlin
- dbb Gewerkschaftstag 2017
19. - 21. November 2017, Berlin